

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Tram Blankenburger Süden – attraktive ÖPNV-Verbindungen sicherstellen, Verknüpfung zur S-Bahn weiterhin einplanen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Neue Stadtquartiere benötigen von Beginn an eine attraktive verkehrliche Erschließung mit öffentlichen Verkehrsmitteln, mit Rad- und Fußwegen. Dazu gehört auch die Verknüpfung neuer ÖPNV-Linien mit bestehenden ÖPNV-Bahnhöfen. Mit Vorlage des Verkehrskonzeptes für den Berliner Nordosten im Bezirk Pankow wurde jedoch durch die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt die Entscheidung getroffen, die geplante Straßenbahnstrecke im Neubauquartier Blankenburger Süden nicht mehr wie geplant an den S-Bahnhof Blankenburg anzubinden, sondern vorher enden zu lassen. Das verhindert effektive Umsteigeverbindungen zur S-Bahn und macht die Tram für einen Teil der Fahrgäste weniger nutzbringend.

Der Senat wird daher aufgefordert, die seit vielen Jahren laufenden und durch umfangreiche Untersuchungen untermauerten Straßenbahnplanungen zum Blankenburger Süden mit Priorität weiterzuführen und eine Verknüpfung mit dem S-Bahnnetz sicherzustellen. Dabei ist weiterhin die Anbindung an den S-Bahnhof Blankenburg zu berücksichtigen und eine eingriffsarme Führung über die Bahnhofstraße zum S-Bahnhof zu bevorzugen.

Für den Fall, dass sich eine Anbindung an den S-Bahnhof Blankenburg als nicht umsetzbar erweist, ist für eine alternative Anbindung zur S-Bahn die Planung aufzunehmen. Dabei kommt insbesondere die Verlängerung der Straßenbahnstrecke vom Neubauquartier Blankenburger Süden zum ebenfalls neu zu planenden S-Bahnhof Sellheimbrücke in Betracht, wenn dieser mit der angekündigten Verlängerung der S75 zum Karower Kreuz entsteht. Dadurch könnten schnelle Anschlussverbindungen nach Südosten Richtung Lichtenberg, Hohenschönhausen und Marzahn sowie nach Nordwesten Richtung Karower Kreuz, Mühlenbecker Land und Hohen Neuendorf und nach Norden Richtung Buch und Bernau entstehen.

Dabei soll für die Straßenbahn eine möglichst direkte Streckenführung auf bestehenden Straßen geplant werden, die über die Verbindung Heinersdorfer Straße – Krugstege – Alt-Blankenburg – Karower Damm bis zum geplanten S-Bahnhof Sellheimbrücke führen könnte. Die dafür erforderlichen Untersuchungen und Planungen sind unverzüglich aufzunehmen, um eine abgestimmte Planung zwischen Straßenbahn und S75-Verlängerung und eine zeitliche Koordinierung der zu erwartenden Bauarbeiten zu ermöglichen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. Juni 2024 erstmals und dann jährlich zu berichten.

Begründung

Der Verzicht auf eine Anbindung der geplanten Straßenbahn an bestehende S-Bahnhöfe verhindert im neuen Stadtquartier Blankenburger Süden von Beginn an die Entstehung eines attraktiven ÖPNV-Systems mit guten, effektiven Umsteigeverbindungen. Das erschwert die Entwicklung eines nachhaltigen Stadtquartiers, das zukunftsfähige Mobilitätsangebote gezielt fördert.

Dabei ist die Anbindung an den S-Bahnhof Blankenburg über die Bahnhofstraße durchaus ohne größere Eingriffe in die Erholungsanlage Blankenburg denkbar und sollte daher weiterhin eingeplant werden. Da derzeit dennoch kein politischer Wille erkennbar ist, eine Anbindung an den S-Bahnhof Blankenburg zu ermöglichen, ist es umso dringender, eine Alternativlösung zu finden, um die Straßenbahnlinie dennoch effektiv und kundenorientiert mit der S-Bahn zu verknüpfen.

Angesichts der Planungen, die S75 von Wartenberg nach Nordwesten zu verlängern, bietet sich nun die Möglichkeit, von Beginn an eine Verknüpfung zwischen S-Bahn und Tram mitzuplanen und parallel voranzutreiben, damit die Bautätigkeiten synchronisiert durchgeführt werden können. Auch bei den anstehenden Nutzen-Kosten-Untersuchungen sollte diese Anbindung mitbetrachtet werden, um den größtmöglichen Nutzen für die Fahrgäste und die Allgemeinheit zu erhalten. Mit der Anbindung an die S75 ergeben sich neue Verbindungen nach Nordwesten und Südosten, die sich so mit der Anbindung an den S-Bahnhof Blankenburg nicht ergeben hätten. Insofern ist diese Lösung gegebenenfalls sogar vorteilhafter als die bisher angedachte Anbindung und sollte daher unbedingt vertieft untersucht werden.

Die vorgeschlagene Trassenführung auf bestehenden Straßen bedeutet zudem eine Minimierung von Eingriffen in Natur und Umwelt und stärkt den Umstieg auf den Umweltverbund.

Angesichts der ohnehin anstehenden Untersuchungen und Planungen ist jetzt der richtige Zeitpunkt, diese Anbindung planerisch anzugehen.

Berlin, den 13. Februar 2024

Jarasch Graf Hassepaß
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen